

Die Türkei verweigert den US-Streitkräften die Nutzung der US-Air Base Incirlik in einen möglichen Krieg gegen den Iran – Auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollten per Beschluss die Nutzung der US-Basen auf deutschem Boden für Angriffskriege verbieten!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 049/06 – 30.04.06**

Wann verbietet der Bundestag die grundgesetzwidrige Nutzung der US-Basen auf deutschem Boden?

Der Außenminister der Türkei hat schon jetzt mitgeteilt, dass in einem möglichen Krieg gegen den Iran der türkische Flugplatz Incirlik den US-Streitkräften nicht mehr zur Verfügung steht. Wir dokumentieren den betreffenden Internet-Bericht, der ursprünglich von den israelischen YnetNews.com verbreitet wurde, als komplette Übersetzung aus <http://www.informationclearinghouse.info/article1288.htm>.

Die Türkei weist die US-Forderung zurück, einen Angriff auf den Iran von einem türkischen Flugplatz aus zu erlauben

**Report: Die Türkei wird die USA den Iran nicht von ihrem Land aus
angreifen lassen**

YnetNews, 30.04.06 – Der türkische Außenminister Abdullah Gül sagte am Sonntag, sein Land habe die Forderung der Vereinigten Staaten, den Iran von der US-Air Force Base in Incirlik angreifen zu können, abgewiesen, trotz eines US-Angebotes (zur Lieferung) eines Atom-Reaktors – nach einem Bericht in „Al Biyan“.

In einem Interview mit dieser Zeitung der Vereinigten Arabischen Emirate stellte Gül fest, Amerikas Anstrengungen, den Iran anzugreifen, seien „imaginär“, die Haltung der Türkei sei „strategisch“ und verweigere die Nutzung ihres Landes für jede kriegerische Aktivität gegen benachbarte Länder. (Roee Nahmias)

Copyright ©Yedioth Internet. All rights reserved

Schon vor Beginn des Überfalls auf den Irak hat das türkische Parlament den US-Streitkräften untersagt, mit ihrem bereits aus Transportschiffen entladene Kriegsgerät von türkischem Boden aus das Nachbarland anzugreifen.

Angesichts der fortgesetzten US-Kampfhandlungen in Afghanistan und im Irak und vor allem auch wegen des drohenden atomaren US-Angriffskrieges gegen den Iran muss auch der Deutsche Bundestag endlich handeln.

Unser Grundgesetz legt in Artikel 26 das Verbot des Angriffskrieges zwingend fest: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Die Hauptquartiere der US-Air Force in Europa auf der US-Air Base Ramstein steuern bereits jetzt alle Luftschläge in Afghanistan und im Irak.

Von diesen vorgeschobenen Befehlszentren aus würden auch Luftangriffe und Atombombenabwürfe auf den Iran angeordnet und koordiniert. Schon jetzt zeichnet sich die gleiche Entwicklung wie vor dem Krieg gegen den Irak ab. Es ist zu befürchten, dass die Bush-Administration – unabhängig vom Willen der Mehrheit der friedliebenden Menschen und der Mehrheit der Staatengemeinschaft der UNO – ihre strategischen Ziele letztlich wieder mit Gewalt und Krieg durchzusetzen versucht. Deshalb richten wir – unter Berufung auf Art. 26 unseres Grundgesetzes und auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes BVerwG 2WD 12.04 vom 21.06.05 (s LP 033/05 und 034/05) – einen dringenden Appell an unsere Volksvertreter in Berlin.

Ramsteiner Appell

Von deutschem Boden dürfen keine verfassungswidrigen Angriffskriege mehr ausgehen!

Wir Bürger fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen sofort durch einen Beschluss unserer Volksvertretung zu verbieten, wie es der Artikel 26 unseres Grundgesetzes zwingend vorschreibt.

Mit diesem Vorschlag für einen Appell-Text laden wir friedliebende Menschen und Vertreter aller Friedens- und Bürgerinitiativen, Glaubensgemeinschaften, gemeinnützigen Vereinigungen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien der Region Kaiserslautern und des angrenzenden Saarlandes ein zu einem

Erstunterzeichner-Treffen

am Donnerstag, 11. Mai 2006, 19 Uhr,
in der Gaststätte „Drei Steine“,
Kaiserstr. 90, 66849 Landstuhl.

Wir freuen uns, wenn sich auch Friedens-Freundinnen und Freunde einfinden, die nur übers Internet von diesem Treffen erfahren.



www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern